Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.=Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ewald Schulze in Halle.

Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß=Nr. 176.

Morgen=Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen=Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Nachdruck unserer Original=Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 587. Halle a. d. Saale, Dienstag den 15. Dezember. **1896.**

Deutsches Reich.

Hof= und Personalnachrichten.

Berlin, 14. Dez. Der Kaiser, der im berliner Schlosse übernachtet hatte, nahm heute morgen den Vortrag des Civilkabinets und daran anschließend Marinevorträge entgegen. Der Kaiser hat sein Erscheinen bei dem am 17. d. M. von dem Herrn Reichskanzler veranstalteten parlamentarischen Diner zugesagt. Zu demselben sind auch Einladungen an die Präsidien des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses ergangen.

Der Bundesrath.

* In der gestrigen Sitzung des Bundesraths wurden die folgenden Verhandlungsgegenstände den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Eine Mittheilung des Präsidenten des Reichstags über den Beschluß des Reichstags zu Petitionen wegen gesetzgeberischer Maßregeln gegen unsittliche Schriften, Kuppelei und Prostitution, ferner der Antrag Preußens betr. die Ausführung des Reichs=Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 und die Vorlage betr. die Anwendung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 auf die Börse in Straßburg (Elsaß). Dem mündlichen Ausschußberichte über die Vorlage betr. eine Erklärung zwischen dem Reich und Frankreich wegen Tunis wurde die Zustimmung ertheilt.

Parlamentarisches.

** **Berlin**, 14. Dez. Die dritte Berathung der Justiznovelle im Reichtage begann heute. Eine Erklärung über die Stellung des Bundesraths zu den Beschlüssen der zweiten Berathung ist noch nicht erfolgt. Der Redner des Centrums, Abg. Spahn, bezeichnete die Zustimmung des Bundesraths zu den Beschlüssen des Hauses über die Gestaltung der Berufung (5 Richter in 1. Instanz usw.), über das Wiederaufnahmeverfahren und über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter als Voraussetzung für etwaige Zugeständnisse. Der konservative Abg. v. Buchka befürwortete das Zurückgreifen auf die Kommissionsbeschlüsse. Die Nationalliberalen sind gespalten; ein Theil derselben, für den Abg. Bassermann sprach, steht in der Hauptsache auf dem Standpunkte Spahn's. Der freisinnige Abg. Lenzmann als Fanatiker der Berufung ist für seine Person bereit, die Beschlüsse 2. Berathung fallen zu lassen. Abg. Stadthagen (Soz.) polemisirt scharf gegen Lenzmann. Wolszlegier (Pole) behauptet, die Polen ständen schon jetzt außerhalb des Rechts, da sie zur deutschen Sprache gezwungen würden, was der Justizminister als Uebertreibung zurückweist. Graf Bernstorff=Lauenburg (Rp.) räth zur Versöhnung. Goertz (frs. Vp.) will zwar, obgleich prinzipieller Gegner der Berufung, der Vorlage zustimmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß keine Verschlechterung des Verfahrens eintritt. Nach Förster (Antis.), der an den Beschlüssen festhält, wird die Weiterberathung auf Dienstag vertagt.

** **Berlin**, 14. Dez. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die Novelle zu dem Gesetz über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen nach dem Antrage der Kommission, d. h. mit einer prinzipiell bedeutungslosen Abänderung, wonach Gewerbescheine für Reisende nicht an die Person des Reisenden geknüpft sind, d. h. bei einem Wechsel der Person im Laufe des Kalenderjahres nicht noch einmal besteuert werden, in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theiles der Nationalliberalen an. Die Entwürfe einer Städte= und einer Landgemeindeordnung für die Provinz Hessen=Nassau wurden an eine Kommission verwiesen. Nächsten Donnerstag findet wider Erwarten noch eine Sitzung statt, in der die Abänderung des Handelskammergesetzes zur Berathung kommt.

* Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß am Montag unter dem Vorsitz des Präsidenten Freiherrn v. Buol=Berenberg, am 18. d. in die Ferien zu gehen und am Dienstag, den 12. Jan. n. J. mit den Plenarsitzungen, und zwar mit dem Etat des Reichsamts des Innern, zu beginnen. Vor Weihnachten sollen noch die Justiznovelle, das Abkommen mit Frankreich wegen Tunis, die vorliegenden Berichte der Wahlprüfungskommission und die erste Berathung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung und des zugehörigen Entwurfes eines Einführungsgesetzes erledigt werden.

* Nach der Weihnachtspause wird sicherem Vernehmen nach dem Landtage auch der Entwurf eines Richterbesoldungsgesetzes zugehen. Bei der Fassung desselben ist darauf Bedacht genommen worden, die Klippen zu vermeiden, an welchen der gesetzgeberische Plan in der letzten Session scheiterte.

* Die Subkommission des Abgeordnetenhauses für das Schuldentilgungsgesetz hatte am Sonntag eine fünfstündige Berathung, welcher der Finanzminister Miquel beiwohnte. Ueber den der Kommission zu unterbreitenden Antrag ist noch kein Einverständniß erzielt worden.

* Die Finanzkommission des Herrenhauses nahm mit großer Mehrheit die Konvertirungsvorlage an.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Nach der „Freis. Ztg." ist gegen das Urtheil im Prozesse Leckert und Gen. in letzter Stunde Revision eingelegt worden. Wie die „Voss. Ztg." hört, hat der Kaiser sofort nach seiner Rückkehr von Potsdam vom Oberstlieutenant Gaede einen schriftlichen Bericht über die Vorkommnisse, welche diesen Offizier zu dem Prozesse Leckert=Lützow in Verbindung gebracht haben, einfordern lassen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen, dürfte aber nahe bevorstehen.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." kann die Angaben der „Deutschen Tageszeitung," daß im Strafverfahren gegen sie bis zum 12. Dez. ihr die Anklageschrift nicht zugegangen sei, dahin ergänzen, daß mehrere Redacteure der „Deutschen Tageszeitung" bereits in der Voruntersuchung vernommen sind und die Klageschrift erst nach Abschluß der Voruntersuchung zugestellt werden kann.

* Die v. Stumm'sche Beschwerdeschrift über die evangelischen Geistlichen an der Saar ist, der „Frkf. Ztg." zufolge, vom Konsistorium in Koblenz in ihren wesentlichen Punkten abschlägig beschieden worden. Auf Grund des reichhaltigen Beweismaterials, das die Geistlichen dem Konsistorium vorgelegt, hat dieses die vom Herrn v. Stumm angegriffenen Stellen in der Broschüre nicht als Unwahrheit anerkannt, vielmehr Herrn v. Stumm ausdrücklich das klare Wort gesagt, daß der Beweis für seine Behauptungen nicht erbracht sei.

* Das Kammergericht erklärte die Verordnung des Regierungspräsidenten von Posen vom 17. April 1891 für rechtsgiltig nach welchem ohne polizeiliche Genehmigung es nicht gestattet ist, Fahnen oder Flaggen in anderen als preußischen oder deutschen Reichs= und anderen Landesfarben auszuhängen.

Volkswirthschaftliches.

* Der von Costa Rica gekündigte Handelsvertrag ist der älteste der Verträge, welche Deutschland mit den Republiken von Mittelamerika abgeschlossen hat. Er stammt aus dem Jahre 1875, während die anderen in den achtziger oder neunziger Jahren abgeschlossen sind oder, wie der von Nicaragua, noch der Kodifikation entbehren. Weshalb Costa Rica den Vertrag, der zum ersten mal Ende 1882 ablief und von da ab stillschweigend je ein weiteres Jahr verlängert wurde, gekündigt hat, ist in der amtlichen Mittheilung des „Reichsanzeigers" nicht gesagt. Es ist nicht gut denkbar, daß wirthschaftliche Vorgänge Costa Rica zur Kündigung bewogen haben, nachdem noch vor kurzem Nicaragua dem Abschluß des Vertrages mit Deutschland seine Zustimmung gegeben hatte und damit ganz Mittelamerika in ein Handelsvertragsverhältniß zu Deutschland gekommen war. Vielleicht ist für die Kündigung der Umstand maßgebend gewesen, daß in die zuletzt mit mittelamerikanischen Staaten abgeschlossenen Verträge, wie die mit Guatemala und Nicaragua, eine besondere Klausel aufgenommen ist, in welcher festgesetzt ist, daß die Meistbegünstigung, welche diese Staaten einander gewähren, nicht als auch für andere Staaten verbindlich angesehen wird. Danach können die einzelnen Republiken sich Zugeständnisse machen, welche von anderen, sonst meistbegünstigten Länder nicht beansprucht werden dürfen. Ist die Erlangung einer ähnlichen Klausel der Grund zur Kündigung des Vertrages, so ist Aussicht vorhanden, daß ein neuer noch vor dem Ablauf des alten abgeschlossen wird; denn was Guatemala und Nicaragua zugestanden ist, wird Costa Rica schwerlich verweigert werden.

* Entgegengesetzt den Kölner Meldungen, nach denen der Eisenbahnminister in der Sitzung des Landes=Eisenbahnrathes erklärt hatte, der Rohstofftarif solle am 1. April 1897 auf die Brennstoffe Kohle, Koks und Braunkohle ausgedehnt werden, erfährt die „Kreuzztg.", daß bei der Erörterung dieses Themas hervorgehoben wurde, bei der gegenwärtigen günstigen Lage der Kohlen= und Eisenindustrie sei eine Herabsetzung der Tarife nicht zu empfehlen. Dir ganze Angelegenheit wurde daher zur nochmaligen Berathung vertagt.

* Nach der „Augsb. Abendztg." ist eine Vereinfachung des bayerischen Eisenbahnbilletwesens projektirt.

Heer und Marine.

* Die „Nat.=Ztg." giebt die Meldung eines westfälischen Blattes wieder, daß der Kriegsminister vertraulich das demnächstige Erscheinen einer Vorlage über die Neubewaffnung der Artillerie angekündigt habe. Es handele sich dabei um die Frage der Bewaffnung der Artillerie mit Schnellfeuergeschützen, für welche in allen Großstaaten die Vorarbeiten schon seit langer Zeit stattgefunden haben. Wenn in einem der in erster Reihe in Betracht kommenden Großstaaten mit der Einführung neuer Geschütze begonnen würde, so würde, wie die „Nat.=Ztg." glaubt, die Bewilligung der dann unvermeidlichen Forderung im Reichstage mit sehr großer Mehrheit erfolgen. Dagegen hält sie dies für ausgeschlossen, falls Deutschland auf diesem Gebiete den Anfang mache. Die Frage würde bei uns eine Veränderung gegen ihren bisherigen Stand nur dann erfahren können, wenn Grund zu der Annahme vorläge, daß anderwärts, namentlich in Frankreich, eine thatsächliche Veränderung eingetreten ist.

* Die zweite Panzerdivision unter dem Kommando des Prinzen Heinrich ist gestern nachmittag von der nach Schweden=Norwegen unternommenen Uebungsfahrt nach Kiel zurückgekehrt.

Vom hamburger Streik.

* In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Schauerleute theilte der Vorsitzende mit, daß eine Anzahl Schauerleute am Sonnabend auf den Dampfern der Grimsby-Linie und in dem Schauerbetriebe Linz die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Delegirten sämmtlicher hamburger Bürgervereine nahmen in einer gleichfalls gestern abgehaltenen Sitzung mit 43 gegen 27 Stimmen einen Beschlußantrag an, in dem dieselben ihr Bedauern darüber aussprechen, daß der Ausstand noch nicht beendet sei, jedoch eine Einmischung oder eine Parteinahme für die Arbeitgeber oder die Arbeiter für unthunlich erklären.

Deutscher Reichstag.

146. Sitzung vom 14. Dezember, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Bötticher, Dr. Nieberding, Dr. Schönstedt u. a.

Das Haus ist schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung. In der Generaldebatte erhält das Wort

Abg. Dr. **Spahn** (Ctr.): Meine politischen Freunde sehen die drei Punkte: die Gestaltung der Berufung, die Einschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens, die Gewährung der Entschädigung an unschuldig Verurtheilte für so wichtig an, daß wir bereit sind, falls diese drei Punkte in der uns genehmen Form angenommen werden, im übrigen eine Verständigung mit der Regierung zu suchen. Für die Berufung sprechen so viele Gründe, daß wir auf sie nicht verzichten können. Aber wir halten auch an dem Fünfrichterkollegium fest, da darin eine viel größere Garantie für richtiges Urtheil und richtige Strafausmessung liegt, namentlich dann, wenn die Berufung an das Oberlandesgericht geht. Die Berufung dürfte jedoch nicht in die Hände der Oberlandesgerichte gelegt werden, wie die Regierung vorschlägt und das Haus in zweiter Berathung beschlossen hat. Wir werden uns aber dem fügen, wenn das Fünfrichterkollegium im erstinstanzlichen Verfahren eingeführt wird. Die Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist eine so alte Forderung und so populär, daß wir uns ihr auf keinen Fall entziehen können. (Beifall.)

Abg. **v. Buchka** (kons.): Wir bedauern, daß das Haus in der zweiten Lesung alle die Punkte, die der Herr Staatssekretär für unannehmbar erklärt hat, entgegen den Kommissionsbeschlüssen angenommen hat. Dadurch wird eine so nothwendige Reform, wie die zur Berathung stehende, leider in Frage gestellt. Zwei Forderungen werden aber immer wiederkehren, das ist die Forderung der Berufung gegen Urtheile der Strafkammern und die der Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Es hat sich in der Praxis herausgestellt, daß die Versagung der Berufung ein großer Fehler war. Der Kardinalpunkt der Differenzen liegt in der Zahl der Richter. Die einen wollen drei, die anderen fünf Richter. Meiner Ansicht nach kommt es weniger auf die Zahl an als auf die Unanastbarkeit und Unabhängigkeit der Richter. Unabhängige Richter haben wir trotz aller Angriffe von der linken Seite. Die Einführung von Schöffen bei Landgerichten, wie der Antrag Rembold verlangt, ist bedenklich. Die Verwendung von Assessoren als Richter ist zwar nicht einwandsfrei, ist aber nicht kurzer Hand abzuweisen. (Redner bleibt in seinen weiteren Ausführungen auf der Tribüne unverständlich.)

Abg. **Bassermann** (nl.): Der größte Theil meiner politischen Freunde steht auf dem Standpunkt, daß die Berufung eingeführt werden müsse und bedauert, daß sich voraussichtlich eine Einigung über dieses Gesetz nicht wird erzielen lassen. In unserer Fraktion gehen die Ansichten nur in drei Punkten auseinander und zwar in der Frage der Besetzung mit 3 oder 5 Richtern, der Verwendung von Assessoren als Richter und in der Frage, ob die Berufung in die Hand der Land= oder Oberlandesgerichte gelegt werden solle. Billiger wäre es meiner Ansicht nach, wenn die Berufung an die Landgerichte gehe. Auch muß ich mich entschieden für das Fünfmännerkollegium aussprechen. Auch zu der Zulassung von Assessoren als Hilfsrichter nehme ich eine ablehnende Stellung ein. Wenigstens wäre das Mindeste, daß keine regelmäßige Vertretung durch Assessoren stattfindet. Ich für meine Person bin ein Anhänger der Schwurgerichte und glaube auch, daß sie sich bewährt haben. Andererseits halte ich es für richtig, die Schwurgerichte von solchen Verbrechen zu entlasten, die ihrer Natur nach nicht vor diese Gerichte gehören. Zu diesen Verbrechen gehört der Meineid, der vor die Strafkammer gehört wegen der Schwierigkeit der Materie. Dagegen kann ich mich unmöglich zu einer Beschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens verstehen, das schon heute schwierig genug ist. Eine wichtige Forderung der Volksseele ist auch die Berufung, die bei den nächsten Wahlen eine Rolle spielen wird. (Beifall.)

Abg. **Lenzmann** (Frs. Vp.): Ich halte das Scheitern der Vorlage für sehr wahrscheinlich, möchte aber doch noch in letzter Stunde ein Wort der Ermahnung an den Reichstag und die Regierungen richten. Ich spreche nur für meine Person, nicht für meine Partei, und fürchte sogar, daß man mich mit dem Vorwurf, ich sei ein Reaktionär, belegen werde. Ist es denn unmöglich, zu einer Einigung zu kommen? Bei einem verständigen Parlament, bei einer verständigen Regierung sollte es doch wohl möglich sein, ein zweijähriges Werk zu Ende zu führen, und namentlich würde ich es bedauern, wenn das Centrum auf seinem Standpunkte beharren und die Vorlage zu Fall bringen wollte, weil es sich sagt: wir wollen doch recht haben! (Unruhe im Centrum!) Die wichtigsten Punkte glaube ich, wie der Abgeordnete Spahn, in der Gestaltung der ersten Instanz für die Einführung der Berufung zu finden, in dem Wiederaufnahmeverfahren und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Ueber alle anderen Punkte wird man sich einigen können. Nicht einmal den Zeugnißzwang halte ich für so wichtig, daß wir deshalb die Vorlage scheitern lassen müßten. Würden Sie denn durch das Scheitern der Vorlage diese geistige Tortur abschaffen? Das würde doch heißen, der Nichtrealisirung dieses einen Wunsches eine ganze Reihe anderer zu opfern. Wir müssen etwas Positives schaffen und können daher sehr wohl einzelne Wünsche noch verschieben. Warum macht man die Frage, ob das Oberlandesgericht Berufungsgericht sein soll, mit einem male zu einer Streitfrage? Die Hauptfrage bleibt, ob wir das Kollegium mit 3 oder mit 5 Richtern besetzen sollen; ich bitte, auch diesen Punkt nochmals zu prüfen und nicht so schnell zu der Ablehnung zu kommen. Ich bin gerade kein übermäßiger Freund des Fünfrichterkollegiums; ein aufmerksames Dreirichterkollegium kann unter Umständen besser sein wie ein zerstreutes Fünfrichterkollegium. (Lachen.)

Jedenfalls ist ein Dreirichterkollegium mit Berufung doch noch besser wie ein Fünfrichterkollegium ohne Berufung. Wenn es aber wahr ist, daß ein Fünfrichterkollegium größere Garantien gewährt — und der Regierungsvertreter hat in der zweiten Lesung uns diese Konzession gemacht — dann richte ich an die Regierung den ernsten Appell, in diesem Punkte uns nachzugeben und nicht zur Verschleppung der Vorlage beizutragen. Und was den Kostenpunkt anlangt, ja, ist es denn mit dem deutschen Volke schon so weit gekommen, daß sich die Justizminister sämmtlicher Einzelstaaten dem allmächtigen preußischen Finanzminister unterordnen? Die erste und vornehmste Aufgabe eines Staates ist die Rechtspflege, und dafür sollten wir nicht einmal jährlich 200,000 M. übrig haben, wo wir Millionen für Kirchen bewilligen, wo sich der Militäretat des Reiches auf 180 Millionen beläuft! Meine Stimme ist ja zu schwach, um hier ins Gewicht zu fallen, aber ich möchte wenigstens zu meinem Theile dazu beigetragen haben, daß nicht noch in letzter Stunde die Vorlage scheitert. (Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961215017/fragment/page=0001
DFG

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Es genügt uns nicht wie der Vorredner eine halbe Stunde lang als Regierungsvertreter zu sprechen, um zum Schluß noch der Rede ein demokratisches Schwänzchen anzuhängen; wir nehmen keine Rücksicht auf den Herrn Finanzminister, für uns ist die Finanzfrage nicht der geringste Hinderungsgrund. Für uns enthält der Entwurf mehr Verschlechterungen als Verbesserungen; namentlich ist die Kompetenz der Schwurgerichte beschränkt und die Presse schlechter gestellt worden. Die Nachtheile überwiegen die Vortheile, die meist nur technischer Natur sind. Die Verkürzung der Thronrede, eine gerechtere und schnellere Rechtsprechung mit der Vorlage einzuführen, ist nicht gehalten worden. Auch die Entschädigung unschuldig Verurtheilter würde nicht in dieser Gestalt, sondern nur mit den in unseren Anträgen vorgesehenen Verbesserungen Werth haben. Man würde mit leichter Mühe den unschuldig Verurtheilten grobe Fahrlässigkeit nachweisen können. Diese Frage müßte überhaupt ganz von der Reform der Strafprozeßordnung abgelöst werden; auf Tauschgeschäfte können wir uns hier nicht einlassen. In diesem Punkte hätte der Abg. Lenzmann die Wünsche seiner Wähler, nicht seine Spezialwünsche geltend machen sollen. Wir müssen auch auf der Einführung der Berufung lediglich zu Gunsten des Angeklagten, nicht aber des Staatsanwalts, bestehen. Die Regierung verweigert uns das alles. Ja, ist denn die Regierung vom Himmel gefallen? Sie ist doch da, um die Wünsche der Allgemeinheit zu vertreten, die sich auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Rechtspflege richten. Allerdings, der Klassenstaat kann die Klassenjustiz nicht völlig abschaffen; aber Sie könnten Sie doch wenigstens zu einer erträglichen machen. Statt dessen benutzen Sie die Rechtspflege zur Stärkung der absolutistisch-feudalen Gewalt. Die jüngsten Ereignisse haben doch wohl gezeigt, wie nothwendig es ist, die Begünstigung des Meineides, der Unwahrheit zu beseitigen, damit die Gerichte nicht mehr in die Lage kommen, Feststellungen vorzunehmen auf Grund von Aussagen, die der Auswurf der Menschheit abgegeben hat. Hiergegen sind die Schwurgerichte noch der beste Schutz, deren Kompetenz wir deshalb nicht einschränken dürfen. Redner weist auf die Vorgänge in Opalenitza hin. Aber ist denn gegen den Beamten selbst vorgegangen worden? Gegen solche Klassenjustiz müssen wir uns zu wehren suchen. Jetzt ist die Justiz ein politisches Kampforgan der Regierung. Wir wollen unabhängige Richter, eine gerechte Rechtspflege. Deshalb auch fort mit der politischen Polizei, die in allen Prozessen selbst über dem Staatsanwalt steht, die jetzt nur ein mittelbares Organ der Rechtspflege ist. Nur eine Reform der gesammten Rechtspflege an Haupt und Gliedern kann die Worte der Thronrede erfüllen. Werden unsere Anträge nicht angenommen, können wir für dies Gesetz nicht stimmen. Erfüllt die Regierung diese Wünsche des Volkes nicht, so wird sie selbst der Vorwurf treffen, die Unterminirerin ihrer eigenen Interessen und die Fördererin der Sozialdemokratie zu sein.

Abg. **Wolszlegier** (Pole): Wir werden gegen die ganze Vorlage stimmen, wenn uns nicht das Fünfrichterkollegium erhalten bleibt. Wir wollen auch von den Schwurgerichten nichts abgeben, zu denen das Volk noch das größte Vertrauen hat. Für uns kommt noch hinzu, daß wir nur dann zu der Rechtspflege Vertrauen haben können, wenn für bessere Dolmetscher gesorgt wird, die unsere Sprache beherrschen. Denn wie der Dolmetscher, so auch das Protokoll. Einer der wichtigsten Punkte ist für uns auch das Verfahren in der Berufungsinstanz; wird uns hier nicht die volle Mündlichkeit zugesichert, so verzichten wir auf den ganzen Paragraphen. Auch hier fällt wieder die Zweisprachigkeit fur uns ins Gewicht. Also volle Mündlichkeit, sonst verzichten wir auf die Berufung.

Justizminister **Schönstedt**: Die Regierung ist vollauf bemüht, für die Ausbildung tüchtiger Dolmetscher Sorge zu tragen und ist gern bereit, in Beschwerdefällen Abhilfe eintreten zu lassen. Daß aber die deutsche Sprache überall gebraucht wird, ist gesetzlich gerechtfertigt, wir müssen darauf bestehen, daß diejenigen Polen, die die deutsche Sprache beherrschen, sich auch ihrer vor Gericht bedienen. (Beifall.) Eine diesbezügl. Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten von Marienwerder ist mir bekannt und findet meinen ganzen Beifall. (Zustimmung.) Sie richtet sich gegen polnische Simulanten und dagegen läßt sich vom rechtlichen Standpunkte nichts einwenden. (Beifall.)

Abg. Dr. **Görz** (Freis. Vgg.): Ich bin ein prinzipieller Gegner der Berufung, doch sind die Ansichten meiner Partei darüber getheilt. Mit der Unmittelbarkeit des Verfahrens verträgt sich die Berufung nicht; das Schwergewicht liegt doch in der ersten Instanz. Deshalb aber wollen wir auch keine Verschlechterung der ersten Instanz. So darf nicht statt des Fünfrichterkollegiums ein Kollegium von drei Richtern eingeführt werden; das hieße die Rechtskautelen verkümmern. Auch dem Laienelement muß Spielraum in der Rechtspflege eingeräumt werden. Diesem modernen Zuge wird man sich nicht entziehen können; er bewahrt die Rechtsprechung vor dem Schematismus. Ich fürchte nicht, daß es uns an der richtigen Zahl gebildeter Schöffen und Geschworenen fehlen könnte. Ich warne auch davor, das Wiederaufnahmeverfahren nach den Absichten der Regierung zu erschweren; jetzt soll dazu die Unschuld des Angeklagten nachgewiesen werden, während bisher die Erschütterung der Beweise genügt. Werden uns diese hier angeregten Wünsche nicht erfüllt, so wird es meinen Freunden nicht möglich sein, für die Vorlage zu stimmen. Einen Wunsch aber möchte ich noch besonders aussprechen, den, daß Polizeispitzel nicht länger vor Gericht erscheinen. Hier müßte eine kräftige Hand eingreifen. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, wie vorsichtig wir hier mit unseren Zugeständnissen an die Regierung sein müssen.

Abg. Graf **v. Bernstorff** (Rp.) In der zweiten Berathung sind so viele besondere Wünsche in die Vorlage hineingetragen, daß wir fürchten, sie wird dadurch für uns unannehmbar werden. Wir sehen nicht ein, warum wir die Presse besonders günstig stellen sollen, wir sehen auch nicht die Nothwendigkeit des Fünfmänner-Kollegiums ein und halten die Besetzung des Kollegiums mit drei Richtern für keine Verschlechterung.

Abg. **Förster** (Antis.): Auch wir sind entschieden gegen eine Herabsetzung des Fünfmänner-Kollegiums, ebenso gegen die Beschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens und der Kompetenz der Schwurgerichte, die wir im Gegentheil eher noch erweitern möchten. Ich halte es für das zweckmäßigste, daß bei dieser Vorlage alle Parteien ihre Sonderwünsche zurückstellen, und daß wir uns bei dem Gesetze darauf beschränken, worüber wir einig sind, auf die Berufung und auf die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, alles übrige aber fallen lassen. Ich bitte die Regierungen, sich auf denselben Standpunkt zu stellen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung der Berathung.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 14. Dezember. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. d. Recke u. a.

Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich für Preußen und dem Königreich der Niederlande betreffend die Unterhaltung des Seefeuers auf Borkum, sowie der Beleuchtung, Betonnung und Bebakung der Unter-Ems wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs wegen Aenderung des Gesetzes vom 3. Juli 1876 betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen.

Der Gesetzentwurf bestimmt, daß diejenigen, welche nach reichsgesetzlichen Bestimmungen zum Aufsuchen von Bestellungen oder zum Ankauf von Waaren eines Wandergewerbescheins bedürfen, auch zur Wandergewerbesteuer in Preußen herangezogen werden.

Die Kommission hat den Zusatz gemacht, daß, wenn ein Wechsel in der Person des Reisenden eintritt, Gewerbescheine für den Rest ihrer Giltigkeitsdauer steuerfrei an die Person des Nachfolgers durch Umschreibung oder anderweitige Ausfertigung übertragen werden.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie dem Kommissionsbeschluß zustimmen würden. Sie betrachten den Gesetzentwurf nur als eine Konsequenz der Reichsgesetzgebung.

Abg. **Kirsch** (Ctr.) giebt namens seiner politischen Freunde dieselbe Erklärung ab.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) tadelt, daß man den Handelskammern keine Zeit gelassen habe, sich zu diesem Gesetzentwurf zu äußern und meint, daß der Gewerbetreibende schon genügend Steuer zahle, so daß diese neue Steuer eine Doppelbesteuerung darstelle. Wenn man hier eine neue Steuer einführen wolle, müsse man konsequenterweise auch eine neue Besteuerung des stehenden Gewerbes vornehmen; diese neue Steuer könne auch leicht zu allen möglichen widerwärtigen Denunziationen Anlaß geben, wie denn überhaupt auch die reichsgesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiete verhelft seien und zu Polizeichikanen leicht mißbraucht werden könnten, und man sollte sich doch hüten, der Polizei ein noch größeres Maß einzuräumen; ohnedies habe man doch in letzter Zeit über die Polizei viel zu klagen gehabt. Er verstehe nicht, wie man eine solche Gesetzgebung machen könne. (Lachen rechts.) Ja, auch die Herren rechts verständen diese Gesetzgebung nicht.

Generalsteuerdirektor **Burghart** erklärt, von einer Doppelbesteuerung könne hier keine Rede sein. Im übrigen hätten sich die Bedenken des Vorredners mehr gegen die Reichsgewerbeordnung gerichtet als gegen das vorliegende Gesetz. Die Kommissionsfassung zu bekämpfen, habe die Regierung keinen Anlaß.

Geheimrath **Sieffert** bemerkt einem schon früher geäußerten Bedenken gegenüber, daß die Heranziehung der ausländischen Gewerbetreibenden zur Hausirsteuer mit den Handelsverträgen nicht im Widerspruch stehe.

Abg. **Wamhoff** (natl.) sieht die Vorlage nicht nur als eine Konsequenz der Reichsgesetzgebung an, sondern auch als einen gebotenen Akt der Gerechtigkeit und bittet um seine Annahme mit großer Mehrheit.

Abg. **Weyerbusch** (fk.) erklärt namens seiner politischen Freunde die Zustimmung zum Gesetzentwurfe.

Abg. **Gothein** (f. Vereinig.) behauptet, daß die Besteuerung der ausländischen Reisenden doch mit den Handelsverträgen nicht im Einklang stehe.

Abg. **v. Eynern** (nl.) bemerkt, daß ihm der Gesetzentwurf immer noch nicht klar sei. Wenn z. B. die Wandergewerbesteuer jetzt nach dem Beispiele Preußens auch in den andern deutschen Staaten eingeführt werde, so müßte dann ein Detailreisender auch für die andern deutschen Staaten Wandergewerbesteuer bezahlen, wenn er auch in diesen Staaten Geschäfte mache. Wo bleibe da die wirthschaftliche Einheit des deutschen Reiches.

Geheimrath **Strutz** erwidert darauf, daß auch jetzt schon die Hausirer für jeden Staat, in dem sie hausirten, einen Hausirschein lösen müßten.

Damit schließt die Diskussion.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. **v. Brockhausen, Gothein** und **v. Eynern** wird der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die erste Berathung der Landgemeinde- und Städteordnung für Hessen-Nassau.

Minister Frhr. **v. d. Recke** erklärt, die vorliegenden Gesetzentwürfe entsprängen nicht etwa der Absicht einer Uniformirung resp. einer Umbedhnung schon bestehender Städte- und Landgemeindeordnungen auf Hessen-Nassau, sondern einem dringenden Bedürfnisse und bezwecken eine nothwendige Reform. Die Gesetzentwürfe bedeuten einen erheblichen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Selbstverwaltung. Hessen-Nassau werde damit ungefähr dasselbe Maß der Selbstverwaltung erhalten, wie die mittleren und westlichen Provinzen besitzen. Er bitte um eine eingehende und wohlwollende Prüfung der Gesetzentwürfe.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.) bemerkt, daß seine politischen Freunde eine eingehende und wohlwollende Prüfung nicht verweigern würden. Die Reformbedürftigkeit des jetzigen Zustandes erkennten sie an, aber ob man in der Herstellung der öffentlich-rechtlichen Einheit so weit gehen solle, wie die Entwürfe wollten, darüber könne man verschiedener Meinung sein. In der Kommissionsberathung werde man den Entwurf eingehend prüfen müssen. Die Ausnahmestellung von Frankfurt am Main in dem Entwurfe erscheine ihm nicht unbedenklich. Man müsse sich hüten, berechtigte Eigenthümlichkeiten zu verletzen und darum sei eben ein solcher Entwurf nicht leicht zur allseitigen Befriedigung herzustellen. Seiner Ansicht nach sei eine einheitliche Landgemeindeordnung für Hessen-Nassau nicht in dem Maße wünschenswerth wie eine einheitliche Städteordnung. Redner äußert sodann gegen einige Einzelbestimmungen Bedenken, u. a. gegen die Anstellung der ländlichen Bürgermeister auf Lebenszeit. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Kirsch** (Ctr.) Ich begrüße es als eine Verbesserung, daß das Schwergewicht der Verwaltung in Zukunft bei den Stadtverordneten liegen soll. Dagegen erscheint es mir sehr bedauerlich, daß uns jetzt das Dreiklassenwahlsystem, nach Fürst Bismarck's Worten, „das schlechteste aller Wahlsysteme" aufgebürdet werden soll, noch dazu, in der allerplutokratischsteren Form, die es bewirkte, daß nur der Fiskus und einige Aktiengesellschaften in der ersten Klasse stimmen. Man sollte Hessen sein gutes altes Wahlrecht lassen. Es erscheint uns auch sehr fraglich, ob die bureaukratischen Vereine der Landgemeinden gegenüber den früheren kollegialen ein Vorzug ist.

Abg. Dr **Lotichius** (natl.): Ich hätte den Wunsch, daß der kollegiale Gemeindevorstand auch bei kleineren Gemeinden eingeführt würde; die hier vom Gesetz gezogene feste Grenze von 1200 Seelen halte ich nicht für richtig. Ebensowenig kann ich mich mit der Befugniß, lebenslängliche Bürgermeister zu wählen, einverstanden erklären, während ich dagegen die den Bürgermeistern zugestandene Pensionsberechtigung durchaus billige. Die Besoldungsverhältnisse werden noch in der Kommission geregelt werden müssen. Was das Gemeindewahlrecht anlangte, so haben ja allerdings auf dem Provinziallandtag einige Stimmen das Dreiklassenwahlsystem empfohlen, aber sie sprachen sich dabei doch dahin aus, daß die Zahl der Wähler in der ersten Klasse mindestens 10, in der zweiten Klasse mindestens 20 Proz. betragen solle. Ich meine deshalb, daß auch diese Frage in der Kommission noch geprüft werden muß.

Abg. **Zimmermann** (fk.): Ich bin der Regierung für die Vorlage dankbar, weil uns dadurch ein Verfassungsrecht aus einem Gusse gegeben und die langersehnte Einheit geschaffen wird. Wir aus dem Regierungsbezirk Kassel nehmen damit von der Gemeindeordnung von 1834 Abschied, die sich in guten und schlechten Zeiten bewährt hat. Was das Wahlsystem anlangt, so kostet es uns einige Ueberwindung, von dem Althergebrachten abzugehen; wir verkennen aber nicht, daß die unteren Volksklassen durch die Neuordnung der Dinge größere Rechte als bisher erhalten, denn bisher besaßen die Fabrikarbeiter, Tagelöhner usw. kein Bürgerrecht. Es fragt sich jedoch, ob auch der Wahlmodus für die Bürgermeister in jeder Hinsicht gebilligt werden kann; vielleicht könnte man sich da die Bestimmungen des Schleswig-Holsteinischen Städterechts aneignen, wodurch vielleicht besser die Stimmung der ganzen Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht werden würde.

Abg. **Schaffner** (nl.): Ich muß doch gegenüber den Ausführungen des Abg. Kircher betonen, daß ich dessen Ansicht über das Dreiklassenwahlsystem nicht theilen kann. Nach meinem Dafürhalten hat sich das Dreiklassenwahlsystem so gut bewährt, daß wir keinen Anstand nehmen dürfen, dasselbe auch in Hessen einzuführen. Dagegen bin ich ein Gegner der Zweckverbände, weil ich die Selbständigkeit der Gemeinden wahren will. Ich bin deshalb auch dafür, daß die Höhe der Gehälter nicht von dem Regierungspräsidenten, sondern von der Gemeinde zu bestimmen ist, denn wie kann der Regierungspräsident wissen, was der betr. Bürgermeister leistet und wie groß der Arbeitsumfang ist? Mit der Regelung der Pensionen und der Relikten-versorgung bin ich einverstanden; wohl aber erscheint mir die frühere Ordnung des Rechnungswesens, wozu wir einen besonderen Rechnungssteller hatten, besser als die jetzige Art der Prüfung durch den Kreisausschuß.

Abg. **v. Papenheim** (kons.) hat ebenfalls gegen das Dreiklassensystem nichts einzuwenden. In Hessen seien in Beziehung auf die Gemeindeverfassung so viele Verschiedenheiten vorhanden, daß dieses Gesetz, welches Einheit schaffe, der Regierung nur zu danken sei.

Minister **v. d Recke**: Ich konstatire mit Freuden, daß die Stimmung des Hauses den Vorlagen gegenüber eine günstige ist, und ich hoffe auch, daß die geäußerten Bedenken sich wenigstens zum Theil in der Kommission beseitigen lassen werden. Einige Bedenken sind auch lediglich aus irrthümlichen Auffassungen hervorgegangen. So dürfen die Herren bezüglich der Bürgermeisterwahl auf Lebenszeit nicht vergessen, daß dieselbe nur fakultativ ist. Die Regierung hat den Gesetzentwurf den Provinziallandtagen und nicht den Kommunalverbänden vorgelegt, weil nur so die Schaffung eines einheitlichen Gesetzes möglich war. Wenn wir die Stadt Frankfurt von dem Geltungsbereich des Gesetzes ausschlossen, so sind wir damit nur den Gesetzen der Logik gefolgt. Wir wollten nur da einschreiten, wo es nowendig erschien; das war aber bei Frankfurt nicht der Fall, denn diese Stadt hat schon 1867 eine Verfassung erhalten, die sich bisher durchaus bewährt hat. Ueber das Dreiklassenwahlsystem mag man sagen, was man will; ich kenne kein besseres und halte das direkte allgemeine Wahlrecht keineswegs für besser. Ich muß also entschieden dagegen eintreten, daß dieser Weg hier beschritten wird.

Abg. **Dasbach** (Ctr.) ist der Ansicht, daß das Dreiklassenwahlsystem sich in Preußen nicht bewährt habe. Durch die neuen Steuergesetze seien die Gegensätze noch verschärft worden. Man solle sich daher hüten, seine Geltung noch weiter auszudehnen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. **Beckmann** (kons.) und **Cahensly** (Ctr.), sowie des Geheimrath **Trott zu Solz** wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird der Gesetzentwurf betr. die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen in dritter Berathung ohne Debatte definitiv angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 17. Dez., 11 Uhr: Erste Berathung der Novelle zum Handelskammergesetz.

Schluß 3¼ Uhr.

Ausland.

Rußland.

In Moskau war es kürzlich anläßlich einer Trauerfeier für die auf dem Chodinskafelde Verunglückten zu — übrigens harmlosen — Unruhen gekommen, die hauptsächlich durch die Ungeschicklichkeit der moskauer Polizei hervorgerufen worden waren. Es waren dabei zahlreiche Verhaftungen von Studenten vorgenommen worden, eine Maßregel, die unter den Studenten Moskaus eine große Erregung hervorrief, die sich jetzt auch den Studirenden der petersburger Universität mitgetheilt hat. Der Verlauf einer am Sonntag einberufenen Studentenversammlung in Petersburg war sehr erregt. Die Studenten wollten untereinander berathen, wie sie am besten die Bitte, ihre verhafteten moskauer Kommilitonen nicht zu bestrafen, an den Zaren gelangen lassen könnten. Von dieser Absicht hatte der Rektor Nikitin gehört; er erschien mit den Inspektoren unter den versammelten Studenten und machte sie auf das Unerlaubte ihrer Absicht aufmerksam, er wurde jedoch überschrieen und schrieb sich nun die Hauptschreier auf. Das reizte die Studenten noch mehr, sie verlangten sofort die Namen der Aufnotirten zu wissen. Nikitin zog sich zurück. Ebenso lärmend wurde der Kurator Kapustin empfangen. Er fragte, was eigentlich das Verlangen der Versammlung sei; die Antwort lautete: vollständige Straffreiheit für die Kommilitonen in Moskau, Aufhebung des unwürdigen Tolstoi'schen Universitäts-Statuts und die Wiedereinführung des Statuts von 1863. Kapustin redete den Lärmenden zu, aber das half nicht viel. Der Rektor bekam auch, wie Kapustin, sehr böse Sachen zu hören. Beide Herren sind bei den Studenten sehr unbeliebt. Die Behauptung, daß die Studenten sie thätlich angegriffen, wird von anderer Seite entschieden bestritten. Von Kiew läuft die Nachricht ein, auch die dortigen Studenten wären sehr erregt.

Italien.

In der italienischen Kammer brachten gestern die Deputirten Galli und Cavallotti die Veröffentlichung zweier Berichte (von deren Inhalt wir bereits kürzlich Kenntniß gaben) über die Verwaltung der Gelder für die durch die Erdbeben in Reggio di Calabria und Messina im Jahre 1894 Heimgesuchten zur Erörterung. Galli, als damaliger Unterstaatssekretär und ehemaliger königlicher Kommissar für die durch die Erdbeben im Jahre 1894 verursachten Schäden, tritt dafür ein, daß die genannten Gelder ordnungsgemäß verwaltet worden seien. Cavallotti unterzieht auf Grund der beiden Berichte die Verwaltung der Gelder einer Kritik. Ministerpräsident di Rudini lehnt jede Verantwortlichkeit bezüglich der beiden Berichte ab, nimmt von den Aufklärungen Galli's Kenntniß und geht in seiner Erwiderung besonders auf eine Aeußerung Cavallotti's bezüglich eines Präfekten ein, der zur Erstattung eines Geldbetrages verpflichtet wurde, dessen Vertheilung er nicht in genügender Weise rechtfertigen konnte. Der Ministerpräsident schließt, er werde sich stets nur von der Gerechtigkeit, niemals aber von politischen Leidenschaften leiten lassen. Der Zwischenfall war damit erledigt.

Türkei.

Die türkische Botschaft in Berlin dementirt kategorisch das Gerücht von der Flucht des Exsultans Murad V. Letzterer befinde sich noch immer im Palais Tscheragan am Bosporus internirt. — Wie weiter aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Sultan dem österreichisch-ungarischen Botschafter Frhrn. v. Calice mitgetheilt, er habe den Großvezier beauftragt, einen Antrag wegen einer allgemeinen Amnestie für die Armenier vorzulegen. Nach Mittheilungen von türkischer Seite sind in den letzten Tagen zwei armenische aus Bulgarien zugereiste Frauen, welche revolutionäre Aufrufe an die Armenier und Türken mit sich führten, verhaftet worden.

Der „Times" wird aus Konstantinopel vom 12. d. gemeldet, die Botschafter seien überzeugt, daß viele Anhänger der jungtürkischen Partei im Yildiz-Kiosk unter Foltern verhört und daß einige derselben gehenkt worden seien. — Den „Daily News" wird aus Konstantinopel vom 12. d. berichtet, daß fortgesetzt Verhaftungen von Türken in guter Lebenslage stattfinden. Der Untersuchungsausschuß halte be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961215017/fragment/page=0002

ständig Sitzungen im Yildiz-Kiosk ab, um die gegen Muselmanen erhobenen Anschuldigungen zu untersuchen.

Halle und Umgegend.

Halle, 15. Dez.

— [Stadtverordneten-Versammlung.] Die Stadtverordneten lehnten in ihrer gestrigen öffentlichen Sitzung die Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit bei zwei Lehrern ab, stellten den Haushaltsplan für die Fortbildungsschule und die katholische Volksschule für 1897/98 fest, bewilligten einen Beitrag von 100 M. zur Sächsisch-Thüringischen Handfertigkeits-Ausstellung zu Leipzig, genehmigten die Mittel zu baulichen Veränderungen im Stiftsgebäude der Röser-Stiftung, lehnten dagegen die Mittel zur Verlegung der Wasserleitung in derselben Stiftung ab. Der Antrag des Magistrats, von der Heranziehung der Interessenten des abgebrochenen Hauses Spitze Nr. 14 zu Beiträgen auf Grund des Kommunalabgabengesetzes abzusehen, wurde der Baukommission in Verbindung mit der juristischen Kommission überwiesen. Die Einrichtung des Kellergeschosses im Kühlhause des Schlachthofes zu Kühlzwecken und zur Vergrößerung der Maschinenanlage für den Kühlhausbetrieb gab man dem Magistrat zur nochmaligen Berathung zurück. Schließlich stimmte die Versammlung der Entschädigung für abzutretendes Straßenland zu.

— [Bestätigung.] Die Wahl des bisherigen Oberlehrers am Friedrichs-Gymnasium zu Kassel, Dr. Schotten zum Direktor der städtischen Oberrealschule zu Halle a. S. ist bestätigt worden.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

p. Göttingen, 14. Dez. Die Königliche Gesellschaft der Wissenschaften erwählte in ihrem vor kurzem abgelaufenen letzten Geschäftsjahre zu auswärtigen Mitgliedern der philologisch-historischen Klasse Pasquale Villari in Florenz und Heinrich Denifle in Rom; zu korrespondirenden Mitgliedern in derselben Klasse Oswald Holder-Egger in Berlin und F. R. Helmert in Potsdam. — An unserer Universität haben in der Zeit vom 1. Januar d. J. bis jetzt, wo die Ferien beginnen, Promotionen stattgefunden: in der juristischen Fakultät 42 und 1 Ehrenpromotion, in der medizinischen Fakultät 21 und 4 Ehrenpromotionen, in der philosophischen Fakultät 22 und 2 Ehrenpromotionen.

Provinzialnachrichten.

△ Zörbig, 14. Dez. [Kreissteuererhebung.] Seit dem Jahre 1894 sind in hiesiger Stadt die Kreissteuern mit auf den Gemeindeetat übernommen. Im Februar d. J. hatte nun der Magistrat unserer Stadt an den Kreisausschuß das Gesuch gerichtet, die Stadt Zörbig von der Ausstellung der Zu- und Abgangslisten zu entbinden und die Kreissteuer nach dem ausgeschriebenen Soll zu erheben. Diesem Antrag war seitens des Kreisausschusses entsprochen, und letzterer hat nunmehr, infolge dieser Anregung, sämmtliche Stadt- und Landgemeinden des Kreises Bitterfeld aufgefordert, es mit der Erhebung und Ablieferung der Kreissteuern ebenso wie die Stadt Zörbig zu handhaben. Der formell nothwendige Beschluß der hiesigen Stadtverordnetenversammlung, worin dieselbe ihre Zustimmung zu dieser Abänderung ausspricht, ist bereits gefaßt worden.

rg Teuchern, 14. Dez. [Wasserleitung.] In der Gemeinde Trebnitz hat schon seit Jahren empfindlicher Wassermangel geherrscht, weswegen sie sich zur Anlegung einer Wasserleitung gezwungen sah. Letztere ist nunmehr unter nicht geringen Kosten fertiggestellt und wurde gestern feierlich dem Gebrauche übergeben; die sie speisenden Quellen liegen bei dem Orte Priesen; die Leitung berührt Oberschwöditz.

* Merseburg, 14. Dez. [Selbstmord.] Auf dem Strohboden seines Arbeitgebers machte am Sonntag vormittag der Handarbeiter Ferdinand Körneke seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Der 26jährige Mann hinterläßt eine junge Frau mit zwei kleinen Kindern. Hang zur Schwermuth scheint den K. in den Tod getrieben zu haben.

* Zeitz, 14. Dez. [Seltene Genügsamkeit.] Zu den größten Seltenheiten gehört es jedenfalls, daß ein Arbeiter oder Angestellter, der mit der Ankündigung der Erhöhung seines Lohnes oder Gehaltes durch den Geschäftsinhaber überrascht wird, nicht darauf eingeht und das Ansinnen dankend zurückweist. Hier ist dies vorgekommen. Ein älterer verheiratheter Meister in einer größeren Fabrik lehnte kürzlich die ihm zugedachte Aufbesserung mit den Worten ab, daß er sein Auskommen habe und nicht mehr brauche. Schon früher war ihm dasselbe Angebot gemacht worden. Er hat jetzt abermals mit zufriedener Miene unter Ausdrücken des Dankes auf die ihm zugedachte Erhöhung seines Einkommens verzichtet.

□ Erfurt, 14. Dez. [Vom Theater.] Das hiesige Stadttheater erforderte in der vorigen Saison einen Zuschuß von 15,009.86 M. Die 235 Vorstellungen der siebenmonatlichen Spielzeit waren von zusammen 149,094 zahlenden Personen besucht. Wenn man erwägt, daß der jährliche Pacht des hiesigen Theaters nur 12,000 M. beträgt, so wird man leicht ermessen können, welch treffliches Geschäft der Theaterdirektor bei diesem Besuche macht.

□ Nordhausen, 13. Dez. [Kaiser Friedrich-Denkmal.] Die durch den Ersten Bürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher geladenen 36 Männer aus allen hiesigen Kreisen und Parteirichtungen fanden sich gestern im Stadtverordneten-Sitzungssaale zusammen, um über die weiteren Schritte zur Errichtung eines Kaiser Friedrich-Denkmals in hiesiger Stadt grundlegend zu berathen. Die Versammlung bildete sich nach kurzer Berathung als Komitee und beschloß Ergänzung aus den verschiedenen Kreisen der Einwohnerschaft auf 60 Köpfe. Zum Leiter des gesammten Unternehmens wurde der Erste Bürgermeister, Schultheiß, gewählt, zu seinen Stellvertretern der stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann Rich. Wiese sowie der Vorsitzende des Kreisverbandes Nordhausen und Grafschaft Hohenstein, Fabrikant Moritz Krug, Hauptmann der Landwehr. Außer diesen drei Herren wurden noch in den geschäftsführenden Ausschuß gewählt: Gymnasial-Oberlehrer Prof. Pietzker, Fabrikant Herm. Hanewacker, Rentier Herm. Arnold, Bankier und Stadtrath Bach (als Schatzmeister) sowie Kreisbauinspektor Unger und Stadtbaurath Rochs. Die Kosten der Errichtung des Denkmals, als dessen Standort das an den Friedrich Wilhelmsplatz anstoßende südliche Ende der Promenade in Aussicht genommen ist, wurden auf 30,000 M. bezifffert. In der Bürgerschaft wird es mit großer Genugthung begrüßt, daß dem edlen Zwecke durch das Ergebniß dieser Sitzung eine allgemeinere Grundlage gegeben ist.

St. Vom Brocken, 12. Dez. [Wetterbericht.] Bei starken, andauernd südwestl. Winden, welche am Nachmittag nahezu zu Sturmstärke anwuchsen, blieb die Witterung den ganzen Donnerstag über gleichförmig rauh und trübe; dichter Nebel herrschte bis zur Nacht, seit Mittag von leichtem, aber anhaltendem Schneefall begleitet. Da der Wind in der Nacht, nach West herumgehend, abflaute, so konnte der Schnee sich fast überall ungestört ablagern, und die Brockenkuppe zeigte daher am Freitag morgen über der harten Kruste des alten Schnees eine zwar dünne, aber ziemlich gleichmäßige Decke frischen Schnees. Nach einigen vorübergehenden Aufhellungen klarte es dann gegen Mittag, unter Drehung des Windes nach Südwest und weiterhin bis Süd-Südwest, vollkommen auf; nur einzelne Nebelwolken trieben noch an Berghängen dahin, der Himmel war zur Hälfte von Cirruswolken bedeckt, welche nach Nordwest und Südost konvergirten. Die Fernsicht reichte am weitesten im südlichen Quadranten, dort waren der Meißner und der Kyffhäuser deutlich zu sehen. Die Aussicht über die Ebene war dagegen durch einen leichten Nebelschleier sehr beschränkt; selbst Halberstadt war erst abends an seinen Lichtern zu erkennen. Zunehmende Dichtigkeit des Cirrusgewölkes und ein in demselben erscheinender intensiver Mondring ließen in Verein mit dem anhaltenden Fallen des Barometers wieder trübe Witterung erwarten; dieselbe ist denn auch, mit westlichen Winden, heute in den ersten Frühstunden eingetreten. Daß der größte Theil der Nacht noch klar gewesen ist, beweist die geringe Stärke des heute morgen vorgefundenen neuen Rauhreifes.

* Greiz, 15. Dez. [Mordthat.] Ein Mord ist heute morgen in der dritten Stunde beim Schützenhause in Teichwolframsdorf verübt worden. Mit Hänseleien begann zwischen einigen Männern ein Streit, der so furchtbar endigen sollte. Im Verlauf des Streites, der auf einer Wiese stattfand, zog einer der Betheiligten das Messer und brachte seinem Gegner eine tödtliche Wunde in den Unterleib bei. Der Getödtete, der Maurer Franz Hermann Seiler aus Teichwolframsdorf, ist erst 24 Jahre alt gewesen. Der Thäter, Fabrikarbeiter Schmidt aus Bayern, wurde heute am frühen Morgen aus dem Bett verhaftet. Er hat gleichzeitig auch einen Schneider Scharschmidt durch mehrere Stiche lebensgefährlich verwundet.

Bernburg, 13. Dez. [Schadenfeuer. — Anhaltischer Schützenbund.] Die vom hiesigen Mechaniker Schönwald vor kurzem fertiggestellte elektrische Feuer-Melde- und Alarm-Einrichtung hat sich heute früh zum ersten male gut bewährt. Es gelang der schleunigst herbeigerufenen Feuerwehr, innerhalb einer Stunde das im Kesselhause der Lange'schen Papierfabrik ausgebrochene Feuer zu löschen und größeren Schaden zu verhindern. Die Fabrik liegt auf dem linken Ufer der Saale, dem Schlosse gegenüber. — In hiesigen Schützenhause tagten heute mittag die Delegirten der zum anhaltischen Schützenbunde gehörigen Schützenvereine. Die Zahl der letzteren betrug 25, die gegen 2000 Mitglieder haben. Den engeren Vorstand bilden 3 hiesige Herren und zwar Hauptmann Bandel (Bundespräsident), Lehrer Herrmann (Schriftführer) und Buchhalter C. Müller (Kassirer). Zu der zweiten Hälfte des August 1897 soll dem Beschusse gemäß das erste Bundesschießen hier abgehalten werden.

8. Leipzig, 14. Dez. [Elektrische Bahn Leipzig-Dresden. — Landwirthschaftliche Unterrichtskurse. — Verschmähte Liebe.] Immer mehr Terrain erobert sich die Elektricität, und zur Zeit denkt man bereits lebhaft an die Errichtung einer elektrischen Bahn zwischen Leipzig und Dresden. Die bereits vorliegenden Pläne zeigen die Trace der Bahn Wurzen-Ottervisch-Grimma-Mutzschen-Lommatzsch-Meißen-Wilsdruff-Dresden. — Der landwirthschaftliche Creditverein für das Königreich Sachsen bewilligte in letzter Sitzung die Summe von 4000 Mk. für die Einrichtung landwirthschaftlicher Buchführung an verschiedenen Lehranstalten. — Ein Dienstmädchen beschloß, wegen verschmähter Liebe vor den Augen des Begehrten zu sterben. Der letztere bekleidete die Stelle eines Bierausgebers in einem hiesigen Restaurant, und das Mädchen besuchte dasselbe, goß sich Schwefelsäure ins Bier und sank dann vom Stuhle, nachdem sie davon getrunken. Hoffnungslos erkrankt wurde das Mädchen nach dem Hospital verbracht.

Vermischtes.

Gasexplosion. Gestern mittag 12½ Uhr fand in dem Vorraum am Eingang zur Gethsemane-Kirche in Berlin eine Gasexplosion statt, wobei der Kirchenpförtner Sperber nicht unerheblich an den Händen verletzt wurde. Er befindet sich in seiner Wohnung in ärztlicher Behandlung. Die Explosion ist dadurch entstanden, daß der Kirchenpförtner am vorgestrigen Abend den Gasmesser verschlossen hat, ohne vorher die im Vorraum der Kirche befindlichen Lampen zu löschen. Als Sperber nun gestern Mittag einen Gasgeruch bemerkte, betrat er den Kirchenraum mit Licht, um nach der schadhaften Stelle zu suchen, worauf die Explosion erfolgte. Es sind mehrere Fensterscheiben zertrümmert und ein Vorhang versengt. Am Mauerwerk sind keine Beschädigungen wahrgenommen.

Wieder ein Schiffsunfall im Kaiser Wilhelms-Kanal. Der dänische Dampfer „Kronsborg" erlitt, von der Ostsee kommend, im Kaiser Wilhelms-Kanal Havarie, so daß das Schiff voll Wasser lief. Bei Königsföhrde mußte der Dampfer auf den Strand gesetzt werden, um sein Kentern zu verhüten.

Legat. Wie das „Leipziger Tageblatt" erfährt, hat der am 5. d. M. verstorbene Rentier S. Hugo Rolffs in Mühlheim a/Rh. dem Centralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins sein gesammtes Vermögen im Betrage von 300,000 M. als Legat vermacht.

Tod zweier Bergleute. Im Koflacher Bergwerk der Alpine-Montangesellschaft verunglückten zwei Bergleute durch plötzlich in den Schacht eindringenden Schwimmschlamm. Sie blieben todt.

Erdbeben in Schweden und Norwegen. In Laurvik (Norwegen) wurde gestern früh um etwa 9 Uhr ein Erdbeben in der Richtung von Osten nach Westen verspürt. In Karlstadt (Schweden) wurden gestern etwa um 8½ Uhr zwei auf einanderfolgende, außerordentlich starke Erderschütterungen in der Richtung von Südwest nach Nordost wahrgenommen, welche etwa 20 Sekunden dauerten. Häuser und Hausgeräthe schwankten. Das Erdbeben wurde auch an anderen Stellen der Provinz Wermland verspürt; ein starkes Gepolter ging hier den Stößen voraus.

Brandunglück. In Neuilly brannten vorgestern zwei Arbeiterwohnhäuser nieder, wobei zwei Kinder ums Leben kamen. Viele Insassen mußten durch die Feuerwehr unter großer Lebensgefahr gerettet werden.

Personalnachricht. Senator Hornemann, von 1870 bis 1885 Vertreter der Stadt Hannover im Abgeordnetenhause, ist, 86 Jahre alt, in Hannover gestorben.

Letzte Telegramme.

Berlin, 15. Dez. Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge ist im Kultusministerium von einem Wiedereintritt des Geheimraths Jordan in den preußischen Staatsdienst nichts bekannt.

Berlin, 15. Dez. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet aus Wien: Der türkische Botschafter überreichte in den letzten Tagen dem Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, ein Memorandum der Pforte, worin das Reformwerk besprochen und dargestellt wird, was schon geschehen ist, und was noch geschehen soll. Unter Hinweis auf die umfassenden Reformen entgegenstehenden Schwierigkeiten wird deren allmälige Durchführung versprochen. Gleichlautende Memoranden sind den übrigen Mächten übermittelt worden.

Hamburg, 14. Dez. Der Senat bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß am 15. Dezember d. J. der demnächst in Betrieb zu nehmende neue Seeschiffhafen in Cuxhaven durch eine vom Bundesrathe genehmigte Abänderung der Zollgrenze vom Zollgebiet ausgeschlossen und mit einem den Hafen umgebenden Landstreifen zum Freihafen erklärt wird.

Hamburg, 14. Dez. In Bezug auf die Gerüchte, welche aus Antwerpen und Brüssel über den angeblichen Untergang des hamburger Dampfers „Eduard Bohlen" gemeldet worden, ist der hiesigen Rhederei nichts bekannt. Der Dampfer verließ am 6. Dezember Antwerpen und ging direkt nach der Westküste von Afrika.

Athen, 14. Dez. Deputirtenkammer. In Ausführung der Königlichen Botschaft bringt Ministerpräsident Delyannis Gesetzentwürfe ein, betr. die nothwendigen Kredite für die Errichtung des befestigten Lagers im Frühjahr; Einberufung von zwei Reserveklassen für die Manöver auf 40 Tage und für den Ankauf von Pferden. Die Kredite belaufen sich insgesammt auf 2,600,000 Drachmen, zu deren Deckung der Ueberschuß des Budgets von 1897 verwendet werden wird.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Zuckerraffinerie Halle. An gestriger Generalversammlung nahmen 31 Aktionäre theil, die 2687 Aktien mit 1,343,500 Mark. Kapital vertraten. Wie bekannt, hat das Geschäftsjahr mit einem beträchtlichen Verluste abgeschlossen. Die trostlosen Verhältnisse, unter denen die Raffinations-Industrie seit einer Reihe von Jahren leidet, bestanden in voller Schärfe auch während des vergangenen Jahres. Der fortdauernde ungezügelte Wettbewerb der Raffinerien machte die Erzielung lohnender Preise unmöglich; nur in ganz vereinzelten Fällen war raffinirter Zucker zu Werthverhältnissen unterzubringen, die mit den durch fortgesetzt bestehende starke Nachfrage hervorgerufenen hohen Preisen für Rohzucker im Einklange standen. Trotz des augenblicklichen Niederganges der Industrie glaubt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, Herr Kommerzienrath Riedel, die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß bald bessere Tage kommen würden, da naturgemäss der Zuckerbedarf sich nicht verringere und die Zuckerraffinerien Deutschlands in erster Linie an der Deckung desselben Antheil haben, als das deutsche Erzeugniss als das beste in der ganzen Welt bekannt ist. — Um einen weiteren Rückgang der Verhältnisse der Gesellschaft zu vermeiden, wurde der Vorschlag gemacht, eine Melasse-Entzuckerungsanstalt einzurichten, da solche Anlagen jetzt gut prosperiren. Es wurde jedoch darauf erklärt, dass Melasse-Entzuckerungsanstalten nur, wenn in grossem Stil angelegt, reüssiren; die Anlagekosten seien bedeutende und es nicht abzusehen, wie lange das bestehende Zuckersteuergesetz Giltigkeit behalte und eine Begünstigung der Melasse-Entzuckerungs-Anstalten bestehen bleibe. — Der vorgelegte Abschluss und damit die Deckung des Verlustes aus dem Extra-Reservefonds wurde genehmigt und der Verwaltung Entlastung ertheilt. — Die statutengemäss ausscheidenden Aufsichtsrathsmitglieder Herren Direktor Böttcher-Halle und Direktor Krüger-Naumburg werden wiedergewählt. Weiter lag noch ein Antrag auf Abänderung des § 25 des Gesellschafts-Statuts, betreffend die Vertheilung des Jahresgewinns vor. Der Antrag geht von der Ansicht aus, dass es im Interesse der Gesellschaft liege, den Beamten auch in schlechteren Jahren, die an die Leistungs-fähigkeit und Umsicht der Beamten um so grössere Anforderungen stellen, ein Aequivalent zu bieten. Die vom Aufsichtsrathe vorgeschlagene Aenderung des § 25 des Statuts wurde einstimmig genehmigt. Derselbe bestimmt danach:

Von dem sich ergebenden Reingewinn erhalten die Aktionäre zunächst eine Dividende bis zu vier Prozent, der Aufsichtsrath eine Tantième von fünf Prozent, der Vorstand eine nach der Bestimmung des Aufsichtsrathes und nach Massgabe der geschlossenen Engagements-Verträge festzusetzende Tantième. Der Ueberrest wird als Superdividende an die Aktionäre vertheilt, insoweit nicht die Generalversammlung eine anderweitige Verwendung beschliesst. In Fällen der Verminderung des erfüllten Reservefonds ist derselbe durch Zuschreibung von mindestens fünf Prozent des Gewinnes wieder zu ergänzen.

Ein weitergehender Antrag, dem Aufsichtsrath eine 10prozentige Tantième zu gewähren, wurde von letzterem nicht acceptirt und deshalb fallen gelassen. — Dem Aufsichtsrath wurde noch anheimgegeben, die „Saale-Zeitung" als Insertionsorgan zu benutzen.

— Die Verwaltung der Mechanischen Weberei Sorau schlägt 12 Proz. Dividende vor (im Vorjahr 11 Proz.).

— Zahlungseinstellungen. Der berliner Gerbstoffhändler Iwan Erbig ist flüchtig; die Mitteldeutsche Kreditbank hat ihm nach der B.-Ztg. 50,000 bis 60,000 M. Wechsel discontirt, die gefälscht sind.

Börse zu Halle am 15. Dezember.

Preise mit Ausschluss der Maklergebühr für 1000 kg netto.

Weizen, flau, 152—156 M., feinster märkischer über Notiz, Rauhweizen 150—156 M., feuchter und brandiger Weizen 132—148 M.

Roggen, flau, 122—128 M., feuchter billiger, feiner auswärtiger über Notiz.

Gerste, ruhig, Brau-, 145—170 M., feinfarbige bis 180 M., beschädigte Gerste 125—140 M., Futter- 116—125 M.

Mais, amerikanischer Mixed, 103—107 M. Donaumais 115—137 M.

Hafer, ruhig, 128—148 M.

Raps —,— M. Sommerrübsen —,— M. Erbsen-Viktoria-, 150—165 M. gefordert.

Preise für 100 kg netto.

Stärke, einschl. Fass, gefragt, knappe Vorräthe, Hallesche pa. Weizenstärke, gefragt, 40,00—42,00 M. Maisstärke 30—36 M.

Linsen —,— M. Bohnen —,— M.

Mohn, blau, 37—38 M. Kümmel 41—42 M.

Futterartikel fest, Futtermehl 12,00—13,00 M Roggenkleie 9,25—9,75 M. Weizenschalen 8,50 bis 8,75 M Weizengrieskleie 8,50—8,75 M. Malzkeime helle, 9,00—10,00 M., dunkle 8,00—9,00 M. Oelkuchen 10,25 10,75 M.

Malz 26,50—28,50 M. Rüböl 56,75 M.

Petroleum 22,50 M. Solaröl 0,855/30° 12,50 M.

Spiritus, 10,000 Liter-Proz., still, Kartoffel- mit 50 M. Verbrauchsabgabe —,— M., mit 70 M. Verbrauchsabgabe 37,60 M.

Rüben- —,— M.

Weizenmehl 00 brutto incl. Sack 24,00—25,00 M. Roggenmehl 01 brutto incl. Sack 19,00—19,75 M.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 14. Dezember 1896.

Zum Verkaufe standen	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual a.	III. Qual b.	verkauft	unverkauft
32 Rinder, davon: 5 Ochsen,	36	—	33	—	—	—	32	—
6 Färsen,	33	—	30	—	—	—	5	—
12 Kühe,	30	—	27	—	24	—	6	—
9 Bullen,	31	—	28	—	—	—	12	—
3 Kälber,	—	—	—	—	—	—	9	—
27 Hammel (Schafe)	28	—	25	—	—	—	3	—
174 Schweine, davon:	—	—	—	—	—	—	27	—
174 Landschweine,	—	55	—	53	—	51	120	54
— Ungarische.	—	—	—	—	—	—	—	—

Geschäftsgang: mittelmässig. Goltz.

Kaffee.

* Hamburg, 14. Dez. Kaffee behauptet, Umsatz 3000 Sack.

* Hamburg, 14. Dez (Vormittagsbericht) Good average Santos per Dez. 50, per März 50¾, per Mai 51¼, per Sept. 51¾. Behauptet.

* Hamburg, 14. Dez (Nachmittagsbericht.) (Bericht der Hamb. Firma Joswich u Comp) Kaffee good average Santos, per Dez. 50, per März 50¾, per Mai 51¼, per Sept. 51¾. Ruhig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961215017/fragment/page=0003

Visitenkarten
sowie alle
Familien-Anzeigen
liefert geschmackvoll, billig und schnell.
Neujahrskarten
in fein lithographirter Schrift, mit Namen.
Werthe Aufträge hierauf bitte mir baldigst zu ertheilen.
Wilh. Schwarz,
Leipziger Straße 19. (s

Gtr. Herrenfach., Winterüberz., Schuhw., alt. Gold, Silb. k. st. Hofmann, Steinw. 4.

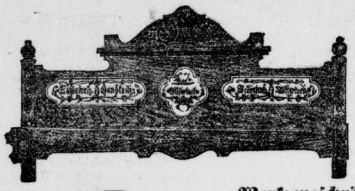
Zu Weihnachts-Geschenken:
Tafel-, Kaffee-, Wasch-Service
in weißem und bemaltem Porzellan
in bekannter gediegener Qualität, sowie billigsten Preisen.
Extra-Anfertigungen jeder Art.
Große Auswahl in billigeren und feineren Glaswaaren.
Lager und Verkaufsstelle der
Lettiner Porzellan-Manufaktur von Heinrich Baensch,
Halle a. S., Poststrasse 18.

Photograph. Apparate
und alle Bedarfs-Artikel.

Eigene Fabrik.
Billige Preise.
Max Wergien,
4 Neunhäuser 4.
Preisliste kostenlos.

Hempelmann & Krause
Kleinschmieden 5,
Größtes Küchen- und Hausgeräth-Magazin,
empfehlen zu
Weihnachts-Geschenken:

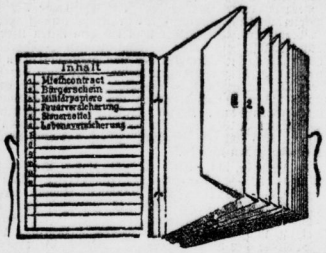
Reinnickel u. nickelplattirte Kaffee- und Theeservice,
Reinnickel und vernickelte Kochgeschirre,
Kupferne und vernickelte Theemaschinen,
Theetische mit Kupfer- und Nickelgarnitur,
Tablets ff. in Nickel- u. Fayenceplatten mit Holzrahmen,
Tortenplatten, Kuchenkörbchen,
Theegläser mit vernickeltem Metallfuß,
Wärmschüsseln, Wärmteller,
Wärmlampen,
Feine Tablets mit Fayenceplatten,
Diebessichere Stahl-Cassetten,
Cigarrenschränke, Hausapotheken,
Chocoladenkrüge mit selbstschließenden Deckeln.
Neu! Kaffeekannendeckelhalter, **Neu!**
leicht an jeder Kanne zu befestigen,



Weinschränke,
Aufwaschtische,
Servirtische,
Waschtische
für Erwachsene und Kinder,
Waschmaschinen,
Wäscherollen,
Wringmaschinen
Ia., echt amerik. Fabrikat,

Werkzeugschränke u. Kästen
für Erwachsene u. Kinder,
Laubsägekasten,
Brandmalereikasten,
Glühstoffplätten,
Fußbänkchen mit Glühstoffheizung,
Solinger Tischmesser u. Gabeln,
Taschenmesser v. J. A. Henkels,
Hängelampen, Tischlampen,
Ampeln, Handleuchter, Toilettenleuchter zum Verstellen.

Aug. Weddy,
Leipziger Str. 22.



Documenten-Mappen,
Calicoband,
Stück 3—5 Mark.
Lederband,
Stück 10—20 ℳ (d

Abreisskalender pro 1897 à 30 Pfg.

In wenigen Tagen Ziehung!
Weihnachts-Geschenk!
Nur [redacted] Mark
Kieler Geld-Loose
Haupttreffer **50,000 Mk.**
6261 Geldgewinne.
11 Loose für 10 Mark,
Porto und Liste 20 Pfg. extra, versendet
F. A. Schrader, Hannover,
Hauptagentur,
Gr. Packhofstrasse 29.

G. Schraidt, Uhrmacher, (r
Kl. Klausstr. 18, am Markt,
empfiehlt sein Lager aller Arten **Uhren** zu billigen Preisen unter Garantie, sowie Gläser, Ketten, Kapseln 2c.
Reparaturen an Uhren und Musikwerken reell und billig.

Weine.
Weihnachts-Geschenke
Der Versand nach auswärts geschieht in Kistchen, in Halle in Körbchen u. verstehen sich die Preise sammt Emballage.

Nur 5 M. 50 Pf.
2 Fl. Forster Riesling, weiss,
2 „ Medoc, roth,
2 „ Ruster Ausbruch, süss.

Nur 8 M. 50 Pf.
3 Fl. Winkler, weiss,
3 „ Pontet Canet, roth,
2 „ Ruster Vollausbruch, süss,
1 „ Jam.-Rum.

Nur 10 M. 50 Pf.
3 Fl. Winkler,
3 „ Ch. Margeaux,
3 „ Tokayer,
1 „ Jam.-Rum,
1 „ Champagner.

Nur 15 M. 50 Pf.
3 Fl. Rüdesheimer,
3 „ Ch. Margeaux.
3 „ Tokayer,
1 „ Jam.-Rum,
2 „ Champagner,
1 „ Portwein.

Nur 20 Mk.
12 Flaschen Tokayer.

Nur 10 M. 50 Pf.
6 Flaschen Tokayer.

Alles inclusive Kiste respective Korb u. inclusive Flaschen.

G. Sponner,
Halle a. S., Schmeerstr. 11,
Telephonruf 225.

Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Soeben erschien:

Neuer Poetischer Hausschatz.
Von
G. Emil Barthel.

Hochdeutsche Gedichte aus der Zeit vom Beginne der Romantik bis auf unsere Tage in systematisch geordneter Auswahl aus den Quellen.

In Leinenband 4,25 Mk., in Geschenkband 5 Mk.

... Für den feinen Geschmack des Herausgebers legt die Auswahl beredtes Zeugniß ab. Was die deutsche Dichtung seit Clemens Brentano bis auf unsere Tage Großes und Schönes geschaffen hat, ist vertreten. In feiner Ausstattung erweist sich der 1200 Seiten starke, recht handliche Band seines vornehmen Inhaltes würdig. [Voss. Zeitg.]

WER
lebend. ital. Geflügel gut u. billig beziehen will, verlange Preisliste von Hans Maier in Ulm a. D. Grösster Import ital. Produkte. (ad

Ersöffnung
ihrer Weihnachts-Ausstellung
in Christbaumconfect und Cakes, Halleschen, Dresdener und Nürnberger Honig- und Lebkuchen,
Moppen, Aachener Printen, Thorner Kathrinchen,
Lübecker und Königsberger Marzipane etc. zeigen ergebenst an
Geschw. D. & E. Jasper,
Steinweg 2, Nähe der Francke'schen Stiftungen. (r

Fernsprecher 711.

Flüssige Kohlensäure
zum Bierausschank
liefert stets zu billigsten Concurrenzpreisen frei Haus oder Bahn nur in leichten 8-, 10- und 20 Kg.-
Stahlflaschen.
Ständiges Lager.
Vorzügliche Waare. Prompte Bedienung.
Willy Zander,
Leipziger Straße 54, Eingang Martinstraße.
Engros-Lager
des Rhein. Kohlensäure-Syndikats A.-G. (s

LIQUEUR ST-AUGUSTIN
BESTER ERSATZ FÜR
GRÜNE CHARTREUSE

Gesetzlich geschützte Marke Alleinige Fabrikanten
M. A. Kinzler & Co., München.
Depôt bei:
Gust. Sponner, Halle a/S., Schmeerstrasse 11. (d

Verloren
ein brauner **Gelbstock** mit gebogenem Griff; abzugeben gegen hohe Belohnung
Leipziger Straße 52, III.

Familien-Nachricht.
Heute Mittag 12 Uhr entschlief sanft und unerwartet mein guter Mann, der Kaufmann
Gottfried Polster
im 53. Lebensjahre.
Halle a/S., den 14. Dezember 1896.
Auguste Polster geb. Nerge.
Die Beerdigung findet Donnerstag 2 Uhr von der Kapelle des Stadtgottesackers aus statt.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und Markt 24 (Waaggebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit Beiblatt und Unterhaltungsblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961215017/fragment/page=0004